



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Keine Erhöhung der Kita-Beiträge“ (Drucksache 20/2109(neu))

Rechtssicherheit schaffen und Finanzierung der frühkindlichen Bildung gemeinsam mit allen Beteiligten zukunftssicher aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Aus Sicht des Landtags ist wichtig, dass insbesondere für das kommende KiTa-Jahr und die anstehenden Finanzierungsvereinbarungen frühzeitig Rechts- und Planungssicherheit geschaffen wird.

Der Landtag erkennt an, dass durch die Evaluation eine Finanzierungslücke im KiTa-System von etwa 120 Millionen Euro festgestellt wurde, die unter Entlastung und Stärkung der Kindertageseinrichtungen geschlossen werden muss.

Der statische Elternbeitragsdeckel soll erhalten bleiben und die Elternbeiträge nicht erhöht werden.

Der Landtag spricht sich dafür aus, an der derzeit geltenden Finanzierungssystematik (sog. Übergangssystem) festzuhalten, anstatt diese, wie aktuell gesetzlich vorgesehen, zum 1. Januar 2025 zu ändern. Gesetzlich soll klargestellt werden, dass die Einrichtungsträger ab 2025 zur Finanzierung der Standardqualität keine Eigenmittel einbringen. Ein entsprechendes Vorschaltgesetz zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes soll vor dem 1. August 2024 beschlossen werden.

Katja Rathje-Hoffmann
und Fraktion

Catharina Johanna Nies
und Fraktion